

W-14848 der Beifagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

BUNDESMINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG

BM
WF

GZ 10.001/128-Pr/1c/94

6916 /AB

Herrn Präsidenten
des Nationalrates
Univ. Prof. Dr. Heinz FISCHER
Parlament
1017 Wien

1994-09-14

zu 7008 /J

MINORITENPLATZ 5
A-1014 WIEN
TELEFON
(0222) 531 20-0
DVR 0000 175

Wien, 13. September 1994

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 7008/J-NR/1994, betreffend Auslandsstudenten und Ausländergesetzgebung, die die Abgeordneten Dr. RENOLDNER, Freundinnen und Freunde am 15. Juli 1994 an mich gerichtet haben, beehre ich mich wie folgt zu beantworten:

1. Haben Sie mit Dr. Löschnak Kontakt über eine Erleichterung für AuslandsstudentInnen aufgenommen?

Antwort:

Ich hatte im Laufe des letzten Jahres mehrfach wegen der Probleme ausländischer Studierender Kontakt mit Bundesminister Dr. Löschnak. Auf Beamtenebene werden diese Fragen seit dem Frühjahr 1993 laufend zwischen dem Bundesministerium für Inneres und meinem Ressort bearbeitet.

2. Was waren die Ergebnisse dieser Gespräche?

Antwort:

Als erstes Gesprächsergebnis wurde im Juli 1993 ein "vereinfachtes Erstantragsverfahren" für ausländische Studierende, die dem Aufenthaltsgesetz unterliegen, eingeführt. Es besteht in einer wesentlichen Reduktion der Nachweispflichten für die

- 2 -

erstmalige Antragstellung sowie in einer vorrangigen Behandlung der Aufenthaltsanträge von Studienbewerbern unmittelbar vor Beginn der jeweiligen Studiensemester. Für die Verlängerung von Aufenthaltsbewilligungen wurden ebenfalls Sonderregelungen im Zusammenhang mit dem Studienerfolg getroffen. Als weiteres Ergebnis unserer Gespräche wird für das Wintersemester 1994/95 eine gesonderte Quote für ausländische Studierende eingeführt.

3. Welche zusätzlichen rechtlichen Möglichkeiten im Gesetzes-, Verordnungsweg oder aufgrund anderer Vereinbarungen etwa mit Herkunftsändern von Auslandsstudierenden plant der Bundesminister um die gegenwärtige verschärfte Situation zu entspannen?

Antwort:

Ich werde mich weiterhin bemühen, die ausländischen Studierenden, soweit sie aufgrund ihrer Aufenthaltsdauer dem Aufenthaltsgesetz unterliegen, aus der Quotenregelung herauszunehmen. Dies bedarf einer Gesetzesänderung.

Der Bundesminister:

